

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 11 · 18. Dezember 2018

### Haushalt 2019

Der Landtag hat den Haushalt 2019 mit einem Volumen von rund 78 Milliarden Euro verabschiedet. In einer Grundsatzdebatte lieferten sich Koalition und Opposition einen Schlagabtausch. S. 4-5

### Landärzte

Was tun gegen den Hausarztmangel in ländlichen Regionen? Der Landtag beriet über das „Landarztgesetz“, das u. a. eine Vorabquote bei der Zulassung zum Medizinstudium vorsieht. S. 11-13

### Jahresrückblick

2018 im Rückblick: Auch diesmal war es ein bewegtes Jahr im Landtag. Neben vielen politischen Debatten verabschiedete das Parlament die Bergeleute und feierte 30. Geburtstag am Rhein. S. 18-20

### Europa hat die Wahl

Im Parlamentsgespräch ging es um die Krise der EU und die Europawahl im Mai 2019. Prominente Expertinnen und Experten diskutierten auf Einladung von Landtagspräsident André Kuper. S. 21

## Neue Befugnisse

### Landtag beschließt Polizeigesetz



# INHALT



**Wenn Hausärzte knapp werden**  
Sachverständige äußern sich zur medizinischen Versorgung auf dem Land ..... S. 11  
Standpunkte ..... S. 12

Foto: Schälte

## Aus dem Plenum

Mehr Befugnisse für die Polizei ..... S. 3  
Haushalt 2019 beschlossen .... S. 4  
Meldungen ..... S. 6  
Gewalt gegen Frauen und Mädchen ..... S. 8  
Der Brexit und die Folgen für NRW ..... S. 9  
Gesetzgebung ..... S. 10  
Aus den Fraktionen ..... S. 14

## Forum

Preisverleihung „NRW-Pressefoto 2018“ ..... S. 16  
Das Jahr im Rückblick ..... S. 18  
„Wichtigste Wahl des Jahrzehnts“ ..... S. 21  
**Aus den Ausschüssen**  
Meldungen ..... S. 22  
**Im Porträt**  
Verena Schäffer (Grüne) ..... S. 23  
**Kurz notiert** ..... S. 24

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 13. Dezember 2018, 16 Uhr


Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.  
Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000  
**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**  [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?  
Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)  
Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

# Mehr Befugnisse für die Polizei

## Landtag verabschiedet „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit“

12. Dezember 2018 – Der Landtag hat das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“ verabschiedet. Es sieht mehr Befugnisse für die Polizei vor – u. a. den Einsatz elektronischer Fußfesseln, die Ausweitung der Videobeobachtung und das Auslesen sogenannter Messenger-Dienste. Verdächtige sollen zudem länger in Gewahrsam genommen werden können.

Für den Gesetzentwurf der Landesregierung, der nach Ausschussberatungen in einigen Punkten geändert worden war, stimmten die Fraktionen von CDU, SPD und FDP. Die Grünen stimmten dagegen, die AfD enthielt sich.

„Heute beschließen wir einen Meilenstein für die Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen“, sagte [Gregor Golland](#) (CDU). Das neue Polizeigesetz sei „ein riesiger Schritt nach vorn“, es hebe das Land auf ein „neues Sicherheitsniveau“. Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit werde gewahrt, Schutzlücken im bisherigen Gesetz würden geschlossen. In einem fast einjährigen Prozess unter Berücksichtigung zweier Expertenanhörungen habe man ein verfassungskonformes Gesetz geschaffen. An entscheidenden Stellen sei es verbessert worden und werde nun von einer „breiten parlamentarischen Mehrheit getragen“.

Die Diskussionen über das neue Polizeigesetz seien in seiner Fraktion nicht immer einfach gewesen, sagte [Hartmut Ganzke](#) (SPD). Man stimme dem Entwurf aber zu, da es sich nicht mehr um jenen handle, den die Landesregierung im Frühjahr vorgelegt habe. Die jetzige Fassung sei in intensiven Verhandlungen „entschärft“ worden, die Begriffe „drohende Gefahr“ und „drohende terroristische Gefahr“ habe man gestrichen. „Es werden keine Freiheitsrechte ins Abseits gestellt“, sagte Ganzke. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen blieben mit dem neuen Polizeigesetz gewahrt.

[Marc Lürbke](#) (FDP) sprach von einem „langen Weg“ des Gesetzes bis zur zweiten Lesung: „Er hat sich aber gelohnt.“ Die Sicherheit im Land werde verbessert, Bürgerrechte blieben gewahrt. Beides gehöre zusammen: „Freiheit und Sicherheit müssen immer sauber austariert werden. Das ist uns mit diesem Polizeigesetz gelungen.“ Nach der ersten Sachverständigenanhörung sei seiner Fraktion klar gewesen, dass Nachbesserungen erforderlich seien. Diese Korrekturen seien erfolgt, sagte Lürbke. Die

breite parlamentarische Mehrheit für das Gesetz sei ein „wichtiges Signal für die Menschen im Land“.

Der Gesetzentwurf sei ein „tiefer Eingriff in die Grundrechte“, kritisierte [Verena Schäffer](#) (Grüne). Menschen auf Verdacht in Gewahrsam zu nehmen, widerspreche rechtsstaatlichen Prinzipien und schränke das hohe Gute der Freiheitsrechte ein. Es sei ein Trugschluss zu glauben, dass mehr Befugnisse der Polizei für mehr Sicherheit sorgten. Die Landesregierung schüre Ängste in der Bevölkerung, obwohl die Zahlen in der Kriminalstatistik von NRW rückläufig seien, sagte Schäffer. „Wir haben als Politiker hier die Verantwortung, redlich zu agieren und aufgrund von Fakten zu entscheiden.“

### „Reale Terrorgefahr“

[Markus Wagner](#), Vorsitzender der AfD-Fraktion, begrüßte das Anliegen der Landesregierung, für mehr Sicherheit sorgen zu wollen. Mehr Befugnisse und Präsenz der Polizei seien nötig, um gegen Kriminalität und Terrorismus vorzugehen. Durch eine verfehlte Migrationspolitik seien Gefahren durch islamistische Anschläge gestiegen. Über die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen hinaus forderte Wagner ein Prüf- und Zulassungsverfahren für „nicht-letale Geschossarten“, eine Verlängerung des Unterbringungsgewahrsams auf bis zu drei Monate und die Möglichkeit der Schleierfahndung, insbesondere im Grenzbereich und auf Fernstraßen.

Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sagte, der Anschlag in Straßburg am Tag zuvor habe einmal mehr gezeigt, dass die Gefahr des Terrorismus real sei. Mit Maßnahmen wie Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverboten und elektronischen Fußfesseln könne die Polizei „endlich gegen terroristische Gefährder vorgehen“ – und zwar, „bevor die Bombe explodiert ist“, sagte Reul. Das vorgelegte „Sicherheitspaket I“ sei in erster Linie ein Anti-Terrorpaket. Es biete zudem Maßnahmen zum Schutz vor Pädophilen, Stalkern oder Hooligans. Der Gesetzentwurf folge dem Grundsatz: „Täterschutz darf niemals vor Opferschutz gehen.“ *zab, tob*

### Grundlagen des Beschlusses

Dem Beschluss des Plenums lagen der Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/2351](#)), die Beschlussempfehlung des Innenausschusses ([17/4525](#)) sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP ([17/4541](#)) zugrunde.



# Haushalt 2019 beschlossen

## Generaldebatte zur Arbeit der Landesregierung

12. Dezember 2018 – Mit rund 78 Milliarden Euro will die Landesregierung im Jahr 2019 Politik gestalten. In der dritten und abschließenden Lesung debattierten die Abgeordneten in Wort und Widerwort über Höhe, Ausrichtung und Schwerpunkte des Etats. Traditionell ist dies auch die Stunde der Opposition, die bei der Gelegenheit die Politik der Landesregierung im Allgemeinen kommentiert.



Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Monika Düker (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** (SPD) hielt der Regierung Fehler und Versäumnisse vor. Er sprach von drohenden Dieselfahrverboten, Lehrermangel, der geplanten Abschaffung der Stichwahl auf kommunaler Ebene und einer fehlenden Strategie für den Strukturwandel. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe keine über das Alltagsgeschäft hinausgehenden Ziele für Nordrhein-Westfalen. Das zeige auch der Haushaltsplan. Anders als angekündigt, habe die Landesregierung keine finanzpolitische Wende eingeleitet. Während Berlin eine Milliarde Euro Schulden tilge, schaffe NRW nur 30 Millionen. Die herausragend gute Finanzsituation könne man dann lieber dafür nutzen, um die anhaltende soziale Ungerechtigkeit anzugehen.

„Diese Landesregierung setzt mit dem Haushalt 2019 exakt das um, was sie den Menschen versprochen hat“, entgegnete **Bodo Löttgen**, Vorsitzender der CDU-Fraktion. „Wir konsolidieren, modernisieren und investieren.“ Dazu nannte

er als Schwerpunkte im Haushalt die Innen- und Justizpolitik, die Bildung und Wissenschaft, die Anstrengungen für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Mobilität und die Entlastung der Kommunen. Kutschatys „nicht rechtfertigende Pauschalkritik“ wies Löttgen zurück und verteidigte die Haushaltspolitik der Landesregierung als maßvoll und vorsorgend. Forderungen der SPD nach weiteren Investitionen in Höhe von 850 Millionen Euro seien ohne Vorschlag zur ausreichenden Gegenfinanzierung geblieben.

### „Kein Plan“

„Pläne, Konzepte, Ideen für unser Land – Fehlanzeige“, konstatierte **Monika Düker**. Die Fraktionschefin der Grünen vermisste eine ernsthafte Berücksichtigung des Themas Klimaschutz. Die Klimaschutzziele der Bundesregierung erforderten einen Ausstieg aus der Braunkohle, erläuterte sie und forderte eine

Leitentscheidung für zukunftsfähige Arbeitsplätze im Rheinischen Kohlrevier. Standards für Natur- und Tierschutz würden rückabgewickelt, Windkraft-Investoren verunsichert, ein Altschuldenfonds für die Kommunen nicht eingerichtet. Die Regierung habe „keinen Plan“, wie man in guten Zeiten vorsorge. Im Zusammenhang mit den drohenden Dieselfahrverboten attestierte Düker dem Ministerpräsidenten ein „gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat“.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sagte, 2018 sei ein gutes Jahr für Nordrhein-Westfalen gewesen. Die Koalition von CDU und FDP habe u. a. Entfesselungspakete verabschiedet, das Abitur nach neun Jahren nach vorne und Talentschulen auf den Weg gebracht, die Innere Sicherheit gestärkt und Tempo bei der Digitalisierung gemacht. Schwarz-Gelb verfolge eine solide und generationengerechte Haushaltspolitik und tätige „kluge Investitionen“. So erhielten die Kommunen 2019 so viel Geld wie nie zuvor

– jeder dritte Euro des Etats gehe an die Städte und Gemeinden. Der Haushalt verbinde zudem sozialen Ausgleich mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. 2018 sei ein „Jahr des Fortschritts“ gewesen und so werde es 2019 weitergehen.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, [Markus Wagner](#), kritisierte, der Überschuss von rund 30 Millionen Euro im Haushaltsentwurf sei viel zu

gering. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen wäre ein viel größerer Überschuss „zwingend notwendig“ gewesen. Auch bei der Schulden tilgung und den Investitionen reichten die Maßnahmen der Landesregierung nicht aus. Schwarz-Gelb liefere nicht bei der Haushaltskonsolidierung, echte Sparsamkeit und vorausschauendes Handeln sähen anders aus. Es reiche der Landesregierung, sich „mit Tricks und

schönen Worten“ zur nächsten Wahl zu retten. Das Sprichwort „Sorge vor, dann hast Du in der Not“ sei den „normalen Menschen“ bekannt, aber offensichtlich nicht CDU und FDP.

Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU) sagte, die schwarz-gelbe Landesregierung sei ange treten, um Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Länder zu bringen und die Interessen des Landes in Berlin und Brüssel einzubringen. Mit den aktuellen Haushaltsplanungen sei in diesem Sinne eine „Trendwende“ eingeleitet worden. Dass keine neuen Schulden gemacht würden, sei das Resultat einer „klugen Regierungspolitik“, sagte Laschet. Ziel sei, den Schuldenberg aus vier Jahrzehnten in NRW abzubauen. Angesichts einer guten Konjunktur, sprudelnder Steuereinnahmen und vermehrt abgerufener Fördergelder vom Bund Sorge die Landesregierung zudem für Investitionen in Verkehr, Bildung, Digitalisierung, Wirtschaft und Innere Sicherheit.

*sow, wib, tob*



Markus Wagner (AfD)

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

## Beschlüsse

Der Landtag hat den Haushaltsentwurf der Landesregierung ([17/3300](#)) inklusive Ergänzung ([17/4100](#)) entsprechend der Beschlussvorlage des Haushalts- und Finanzausschusses ([17/4450](#)) mit den Stimmen von CDU und FDP bei Ablehnung von SPD, Grünen und AfD mehrheitlich angenommen. Beschlossen wurden außerdem Änderungsanträge von CDU und FDP ([17/4548](#), [17/4559](#), [17/4560](#) und [17/4562](#)) sowie ein Änderungsantrag von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/4549](#)). Mehrheitlich beschlossen wurden außerdem das Haushaltsbegleitgesetz, das Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Zuwendungen des Landes an die Kommunen regelt, sowie der Nachtrag zum Haushalt 2018.

## Zweite Lesung: Zahlen und Meinungen

Der Haushalt 2019 hat ein Gesamtvolumen von rund 78 Milliarden Euro (Vorjahr: 74,5). Nach Angaben der Landesregierung sieht der Etat erstmals seit 1973 einen Überschuss in Höhe von 30 Millionen Euro vor. Er soll zur Schulden tilgung genutzt werden.

Die Landesregierung rechnet mit Steuereinnahmen in Höhe von rund 62 Milliarden Euro (Vorjahr: 58,3). Für Personalausgaben sind 27,8 Milliarden Euro veranschlagt (Vorjahr: 26,9). Rund 8 Milliarden Euro sind für Investitionen vorgesehen (Vorjahr 7,2). Damit liege die Investitionsquote bei rund 10 Prozent (Vorjahr: 9,6).

Bereits zu Beginn der zweiten Lesung am 28. November 2018 hatten sich Koalition und Opposition in einer Grundsatzdebatte einen heftigen Schlagabtausch über die Finanzpolitik geliefert.

[Stefan Zimkeit](#) (SPD) bezeichnete den Entwurf als „unsozial, planlos und unsolid“. Die Landesregierung könne „nicht mit Geld umgehen“, auf wichtige Zukunftsfragen habe sie keine Antworten.

„Der Motor NRW nimmt jetzt Fahrt auf“, entgegnete [Arne Moritz](#) (CDU), nun lege man „den nächsten Gang ein“. Einen Haushalt, wie ihn die SPD fordere, finde man „im Märchenbuch, aber nicht im Parlament“.

Grünen-Fraktionsvorsitzende [Monika Düker](#) sprach von einer „finanzpolitischen Geister-

fahrt“. Der Schuldenabbau geschehe „in homöopathischen Dosen“, und auch eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sei nicht in Sicht.

[Ralf Witzel](#) (FDP) widersprach der Oppositionskritik. Die Haushaltspolitik der Koalition folge einem „klaren Pfad“. Es werde in Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Medizin und Hochschulen investiert.

Die erwirtschafteten Überschüsse seien „viel zu gering“, sagte [Herbert Strotebeck](#) (AfD). Die „grotesk niedrige Schulden tilgung“ zugrunde gelegt, dauere es 5.000 Jahre, bis die Schulden abgebaut seien.

Insgesamt handle es sich um einen zukunftsorientierten, generationengerechten, fairen Haushalt, sagte Finanzminister [Lutz Lienenkämper](#) (CDU). Er sprach von einer „echten Haushaltswende“ nach 45 Jahren. *red*



## Untersuchungsausschuss

29.11.2018 – Der Landtag hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum Tod eines Syrers nach einem Zellenbrand in der JVA Kleve eingesetzt. Das Gremium, kurz „PUA Kleve“, soll die „Umstände der Verwechslung, Inhaftierung, des Todes von Amad A. und des Umgangs mit dessen Familie“ prüfen. Dem Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Grünen ([17/4293](#)) stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zu. Die Fraktion der AfD enthielt sich. Dem Gremium werden 13 Abgeordnete angehören. Der Syrer war aufgrund einer Verwechslung festgenommen worden und am 29. September 2018 nach einem Brand in seiner Zelle in der JVA Kleve gestorben.

## Straßenausbaubeiträge

29.11.2018 – Private Anlieger sollen früher an Plänen zum Straßenausbau in Kommunen beteiligt werden. Das geht aus einem Antrag ([17/4300](#)) der Fraktionen von CDU und FDP hervor. Im kommunalen Straßenausbau führten hohe Einmalzahlungen bei privaten Grundstückseigentümern „häufig zu Unverständnis und immer wieder auch zu finanziellen Schwierigkeiten“, heißt es im Antrag. Die Landesregierung soll u. a. prüfen, ob bei der Erhebung von Kosten privater Anlieger eine Härtefallregelung geschaffen werden kann. Förderungen des Landes für den kommunalen Straßenausbau seien neu auszurichten und sollten nicht mehr nur den Anteil kommunaler, sondern auch den privater Kosten in den Blick nehmen. Da unklar war, ob in erster Abstimmung eine Mehrheit erzielt wurde, stimmten die Abgeordneten erstmals in dieser Wahlperiode per „Hammelsprung“ ab. Dazu verließen sie den Saal und betraten ihn wieder durch eine von drei Türen mit den Aufschriften „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“. Ergebnis: Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

## Arbeitsplatz Hochschule

30.11.2018 – „Wie haben sich die Arbeitsbedingungen des Personals an den Hochschulen

in Nordrhein-Westfalen entwickelt?“ – so lautet der Titel einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion ([17/3349](#)), die der Landtag gemeinsam mit der Antwort der Landesregierung ([17/4138](#)) debattierte. Die Fraktion hatte Fragen zu insgesamt acht Themenkomplexen an die Landesregierung gestellt, darunter nach der Zahl und den Arbeitsbedingungen von Verwaltungs- und technischem Personal, von wissenschaftlichen Beschäftigten sowie Professorinnen und Professoren.

## Wölfe in NRW

30.11.2018 – „Den Wolf in Nordrhein-Westfalen von Anfang an mit einer Strategie begleiten“ ([17/4299](#)) – mit diesem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP hat sich das Plenum befasst. Nach wiederholten Hinweisen und Schafsrissen habe das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz eine „standorttreue Wölfin“ im Gebiet um Schermbeck (Kreis Wesel) bestätigt, so die Fraktionen. Vieles deute darauf hin, dass weitere Wölfe in Nordrhein-Westfalen heimisch geworden seien. „Um ein Zusammenleben in Deutschlands am dichtesten besiedelten Flächenland zu gewährleisten, bedarf es eines strategischen, faktenorientierten und ehrlichen Umgangs mit den Großraubtieren“, heißt es in dem Antrag. Die Sicherheit der Bevölkerung müsse dabei an erster Stelle stehen. Erforderlich seien u. a. „unbürokratische Regelungen bei Präventionsmaßnahmen zum Herdenschutz und bei Entschädigungen von Wolfsrissen“, ein Fütterungsverbot für Wölfe und eine Regelung zum Umgang mit verhaltensauffälligen Tieren. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

## Häusliche Pflege

30.11.2018 – Die AfD-Fraktion will pflegende Angehörige finanziell entlasten. Ein entsprechender Antrag („Alternative Wege gehen – Pflegenotstand mit neuen Konzepten begegnen“, [17/4296](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und So-

ziales überwiesen. Daten der Landesregierung zufolge seien im Jahr 2015 in NRW insgesamt 74,2 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut worden, heißt es in dem Antrag. Viele pflegende Angehörige müssten deshalb ihre Arbeitszeit reduzieren und finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge müssten Pflegehaushalte pro Woche durchschnittlich 63 Stunden und 360 Euro zusätzlich zum Pflegegeld aufwenden. Die Landesregierung solle u. a. die Einführung eines Landespflegegeldes als „angemessenen Einkommensersatz“ prüfen.

## Petitionsbericht

12.12.2018 – Beim Petitionsausschuss des Landtags sind in den ersten sechs Monaten 2018 insgesamt 2.830 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen. Das berichtete der stellvertretende Ausschussvorsitzende [Thomas Schnelle](#) dem Landtag bei der Vorstellung des Halbjahresberichts. Damit seien die Eingaben auf einem hohen Niveau geblieben. Für das gesamte Jahr werde wieder mit mehr als 5.000 Petitionen gerechnet. Von Januar bis Juni wurden 2.268 Eingaben vom Ausschuss beraten und abschließend behandelt. Mit 478 (21,1 Prozent) wurden die meisten Beschlüsse zu den Themen Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt gefasst. So beschwerten sich nach Angaben von Schnelle viele Bürgerinnen und Bürger über Verkehrsplanungen und nicht erteilte Baugenehmigungen. Eine „ungewöhnlich hohe Anzahl an Eingaben“ ging zum Rundfunkrecht ein: insgesamt 379 (16,7 Prozent). Grund seien Sammel- und Massenpetitionen für die Abschaffung des Rundfunkbeitrags gewesen. Ein wichtiger Schwerpunkt blieb das Ausländerrecht mit 367 abgeschlossenen Eingaben im ersten Halbjahr – 16,2 Prozent aller Beschlüsse. 268 Eingaben betrafen das Sozialrecht (11,8 Prozent). Stark angestiegen sei die Zahl der Petitionen aus dem Bereich Schule und Hochschule (255 bzw. 11,2 Prozent). Rund 35 Prozent der entschiedenen Eingaben hatten ein positives Ergebnis für die Petentinnen und Petenten. Der Petitionsausschuss ist eine



Foto: Schälte

Art „Kummerkasten“ des Landtags. Mit einer Petition können sich alle bei ihm beschweren, die sich von einer öffentlichen Einrichtung ungerecht behandelt fühlen oder die glauben, dass ein Fehler passiert ist. Ämter, Städte oder Schulen sind zum Beispiel solche öffentlichen Einrichtungen. Eingaben per Post an Landtag Nordrhein-Westfalen, Petitionsausschuss, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, per E-Mail: [petitionsausschuss@landtag.nrw.de](mailto:petitionsausschuss@landtag.nrw.de) oder telefonisch: (0211) 884-2143, -4248 oder -2757.

## Integration von Flüchtlingen

12.12.2018 – Kommunen sollen sich bei der Integration von Flüchtlingen künftig grundsätzlich auf Asylsuchende mit Bleiberecht konzentrieren können. Um die Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, hat der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD das „Ausführungsgesetz zu § 47 I b AsylG“ ([17/2993](#)) beschlossen. So können Personen, „die nach einer Prüfung in einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht schutzberechtigt sind“, noch aus den Aufnahmeeinrichtungen des Landes heraus in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Sie sollen den Kommunen nicht mehr zugewiesen werden. Im Gegenzug ist eine Ausdehnung der maximalen Aufenthaltsdauer in den Einrichtungen von derzeit sechs auf 24 Monate vorgesehen. Familien mit minderjährigen Kindern sollen den Kommunen weiterhin nach sechs Monaten zugewiesen werden, „auch wenn noch kein Erstbescheid ergangen ist“. Gegen den Gesetzentwurf hatten die Fraktionen von SPD und Grünen gestimmt.

## Tierschutzvereine

12.12.2018 – Das Gesetz über das Klage- und Mitwirkungsrecht für Tierschutzverbände in Nordrhein-Westfalen wird nicht verlängert. Es war von der rot-grünen Landesregierung 2013 für zunächst fünf Jahre eingeführt worden und läuft Ende 2018 aus. Das Gesetz ermöglicht Tierschutzverbänden, Klagen vor dem Verwaltungsgericht einzureichen und Stellung zu neuen tierschutzrelevanten Vorschriften vor einem

neuen Erlass durch das Land zu nehmen. Ein Gesetzentwurf ([17/4107](#)) der Fraktionen von SPD und Grünen zur Verlängerung des Klage- und Mitwirkungsrechts wurde in namentlicher Abstimmung mehrheitlich abgelehnt. Die Fraktion der AfD hatte einen eigenen Gesetzentwurf ([17/2394](#)) zur Aufhebung des Gesetzes eingebracht, der ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt wurde.

## Ländersache Bildung

13.12.2018 – Zuständig für Bildung sind die Länder, nicht der Bund. Bund und Länder dürfen in der Bildungspolitik grundsätzlich nicht kooperieren. Der Bundestag hat jedoch eine Grundgesetzänderung beschlossen, die es erlaubt, die Länder bei der Digitalisierung der Schulen in Milliardenhöhe zu unterstützen. Die Bundesländer hatten die Grundgesetzänderung im Bundesrat gestoppt und den Vermittlungsausschuss angerufen. Auch der Landtag befasste sich mit diesem Thema auf Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und AfD. Während die SPD-Fraktion sich für diese Ausnahme vom Kooperationsverbot einsetzt ([17/4459](#)) und die Grünen es insgesamt abschaffen wollen ([17/4448](#)), besteht die AfD-Fraktion ausnahmslos auf dem Bildungsföderalismus ([17/4461](#)). Er wahre die kulturelle Vielfalt und schütze vor Einflussnahme großer Konzerne. Digitalisierung werde ohnehin überschätzt. SPD und Grüne argumentieren hingegen, wichtige Investitionen dürften nicht verhindert werden. Die allgemeine Kultushoheit bleibe unberührt. Das Landtagsplenum stimmte mehrheitlich gegen die drei Oppositionsanträge.

## Künstliche Befruchtung

13.12.2018 – Das Land Nordrhein-Westfalen wird ungewollt kinderlosen Frauen und Paaren den Weg zur künstlichen Befruchtung erleichtern. Der Landtag hat einem entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugestimmt („Selbstbestimmung bei Kinderwunsch stärken – Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch

erleichtern!“, [17/4443](#)). Für den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen; die AfD-Fraktion enthielt sich. Die Landesregierung soll Mittel aus dem Etat des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration bereitstellen und Fördergrundsätze auf den Weg bringen, „um eine Beteiligung am Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion zu ermöglichen“, heißt es in dem Antrag. Die psychische Belastung als Folge ungewollter Kinderlosigkeit wiege oft schwer, so die Fraktionen. Unter bestimmten Voraussetzungen übernehmen Krankenkassen „für die ersten drei Versuche einer künstlichen Befruchtung lediglich die Hälfte der Kosten“. In einigen Bundesländern hätten potenzielle Eltern zusätzlich die Möglichkeit, mit Mitteln des Bundes und des jeweiligen Landes unterstützt zu werden. Die Zahlung des Bundes sei jedoch an eine Zahlung des Landes gekoppelt. Nordrhein-Westfalen beteilige sich bislang nicht an den Kosten.

## Gedenkminute

12.12.2018 – Mit einer Gedenkminute hat der Landtag vor Beginn der Plenarsitzung der Opfer des Anschlags von Straßburg gedacht. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Wir sind erschüttert.“ Die Gedanken seien an diesem Tag bei den Opfern und ihren Angehörigen, bei den Rettungs- und Sicherheitskräften und „bei allen, auch in unserem Land, die durch solche Taten verängstigt werden“. Der Präsident erinnerte daran, dass Straßburg Sitz des Europäischen Parlaments ist. Er hob hervor: „Die Demokratie in Europa ist stärker als ihre Feinde. Die Freiheit Europas ist stärker als die, die sie zerstören wollen.“ Am Vorabend der Plenarsitzung hatte ein Angreifer nahe eines Weihnachtsmarkts in der französischen Stadt mehrere Menschen getötet. Weitere Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Foto: Schälte

# Gegen Gewalt

## Schutz von Frauen und Mädchen Thema im Landtag

30. November 2018 – Am 24. und 25. November 2018 war der Landtag orange beleuchtet – Teil einer internationalen Aktion gegen Gewalt gegen Frauen. Auch im Landtag wurde das Thema auf Antrag von CDU und FDP debattiert.

Im Antrag nennen die Fraktionen als Formen der Gewalt gegen Frauen u. a. Zwangsprostitution, sexuellen Missbrauch, Sextourismus, Vergewaltigungen und Zwangsheirat. Laut der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik habe jede vierte Frau in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft erlebt. Der Landtag müsse kurz- und langfristige Lösungsansätze beraten, heißt es im Antrag „Gewalt gegen Frauen und Mädchen – Ein untragbares Leid in unserer vermeintlich modernen und aufgeklärten Gesellschaft“ (17/4340).

**Heike Troles** (CDU) wies darauf hin, dass in Jüchen kürzlich eine Mutter von zwei Kindern von ihrem Ehemann niedergestochen worden sei. Berichte darüber seien „erschreckend“ und nur ein Beleg dafür, dass sich Gewalt gegen Frauen tagtäglich ereigne. Bundesweit seien durch häusliche Gewalt im vergangenen Jahr 141 Frauen ums Leben gekommen. „Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein“, sagte Troles. Nötig seien mehr Angebote zum Schutz

von Frauen sowie eine konsequente Bestrafung der Täter. Die Möglichkeiten des Gewaltschutzgesetzes sowie des Polizeigesetzes müssten „erschöpfend“ genutzt werden.

Psychische und physische Gewalt gegen Mädchen und Frauen sei in allen Gesellschaftsschichten zu beobachten, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Laut Angaben der Landeskriminalstatistik seien 2017 in Nordrhein-Westfalen rund 38.500 Menschen Opfer von Gewalt geworden, darunter 83 Prozent Frauen. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe daher Schutzmaßnahmen intensiviert: Um rund eine Million Euro sei die Finanzierung von Frauenhäusern aufgestockt worden. Im Sommer dieses Jahres habe zudem die Landeskoordinierungsstelle zur Begrenzung von Gewalt gegen Frauen und Männer ihre Arbeit aufgenommen.

Die Dringlichkeit des Themas sei nun offenbar auch bei den regierungstragenden Fraktionen angekommen, stellte **Anja Butschkau** (SPD) fest. Sie vermisste jedoch einen Antrag

mit Maßnahmen. Darüber zu reden und nichts zu tun, bringe den betroffenen Frauen und Mädchen nichts, kritisierte sie. Zwar plane die Landesregierung, rund 50 neue Plätze in Frauenhäusern zu errichten. Diese reichten jedoch bei Weitem nicht aus, sagte Butschkau und verwies auf ein Übereinkommen des Europarats, das Deutschland ratifiziert habe. „Jede Frau, die Hilfe in der Not sucht, muss unkompliziert einen Platz in einer Einrichtung finden.“

In nur 6,4 Prozent der Fälle zeigten Frauen und Mädchen Gewaltdelikte gegen sie an, sagte **Josefine Paul** (Grüne). Es handle sich noch immer um ein Tabuthema. „Viel zu oft wird die Verantwortung den Frauen zugeschoben“, kritisierte Paul und betonte: „Frauen sind niemals selbst schuld daran, wenn sie Opfer von Gewalt werden.“ Sie forderte flächendeckende Interventionsstellen in NRW, die Frauen im Nachgang der Gewalterfahrung unterstützten. Auch die Infrastruktur der Frauenhilfe, die großartige Arbeit leiste, sei nach wie vor nicht sichergestellt. „Wir brauchen verlässliche Strukturen“, forderte sie.

### „Frauenhäuser sind überlastet“

Wie oft häusliche Gewalt stattfindet, lasse sich nur erahnen, sagte **Iris Dworeck-Danielowski** (AfD). In den seltensten Fällen werde Anzeige erstattet. „Wieviel hat eine Frau schon erlebt, bis sie sich an das Frauenhaus wendet und aus ihrer eigenen Wohnung flieht?“, fragte sie. Frauenhäuser seien „seit Jahren überlastet“, allein in Köln seien im vergangenen Jahr 700 Frauen abgewiesen worden. Gerade gebildeten und emanzipierten Frauen falle das Offenlegen ihrer Not besonders schwer. Es müsse aber auch über ein anderes Thema gesprochen werden: „Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch Täter, die nicht aus Deutschland stammen.“

Häusliche Gewalt sei ein „besonderes Tabuthema“ mit einem hohen Dunkelfeld, sagte Gleichstellungsministerin **Ina Scharrenbach** (CDU). Die Landesregierung habe jedoch eine „Fülle von Maßnahmen“ auf den Weg gebracht oder fortgesetzt. Man folge dem Grundprinzip einer „bürgerlich-liberalen Landesregierung“ und schütze Opfer, nicht Täter. Es werde mehr Plätze in Frauenhäusern geben, zusätzliche Frauenhäuser sollen mit Mitteln aus der öffentlichen Wohnraumförderung entstehen. Außerdem werde ihr Ministerium gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Landeskriminalamt eine „Dunkelfeldstudie“ in Auftrag geben.

*tab, sow, zab*



# Der Brexit und die Folgen für NRW

## Aktuelle Stunde zum geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU

21. November 2018 – Ende März 2019 will Großbritannien nach 46 Jahren Mitgliedschaft die Europäische Union (EU) verlassen. Bei einem Referendum hatten die Briten am 23. Juni 2016 mit 51,89 Prozent für den Austritt gestimmt. Über die Folgen des sogenannten Brexit für Nordrhein-Westfalen diskutierten die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde.

Der Aktuellen Stunde lagen Anträge der Fraktionen von AfD („Großbritannien verlässt die EU – ist der Brexit-Beauftragte Merz überfordert?“, [17/4337](#)), der Grünen („EU bringt Brexit auf den Weg – wie reagiert die Landesregierung?“, [17/4338](#)) und der SPD („Alles nur weiße Salbe? NRW ist weit entfernt von einer erfolgversprechenden Brexit-Strategie“, [17/4339](#)) zugrunde.

**Sven Tritschler** (AfD) kritisierte die Vorbereitungen der Landesregierung auf den bevorstehenden EU-Austritt Großbritanniens. Insbesondere ein drohender „harter Brexit“ werde „gewaltige Schockwellen“ auch für NRW auslösen. Besonders betroffen sei die Autoindustrie. Sie exportiere „mehr Fahrzeuge in das Vereinigte Königreich als etwa nach Asien oder nach Nord- und Südamerika zusammen“. Zehntausende Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. Die Arbeit des Brexit-Beauftragten der Landesregierung, Friedrich Merz, sei aber bislang mäßig: „Nehmen Sie das Thema ernst und suchen Sie sich einen anderen Brexit-Beauftragten.“

### „Tiefgreifende Umwälzungen“

Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke** warnte vor „tiefgreifenden Umwälzungen“ für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen NRW und dem wichtigen Handelspartner Großbritannien. Auch er übte Kritik an der Vorbereitung der Landesregierung auf den Brexit und an der Arbeit des Brexit-Beauftragten. Er fragte: „Was macht Herr Merz? Welche Gespräche führt er? Und was unternimmt er, um die Folgen des Brexit abzumildern?“ Klocke wollte wissen, was die Landesregierung unternehme, „um die betroffenen Unternehmen zu unterstützen“, damit der Brexit nicht zu einem „tiefgreifenden Einbruch für Arbeitsplätze und Unternehmen“ führe.

Mit Großbritannien verliere man nicht nur einen der wichtigsten Handelspartner, sondern auch einen engen Verbündeten in der Europäischen Union, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Im Kölner Fordwerk sei die Fiesta-Produktion nach Angaben des Betriebsrats um 30 Prozent eingebrochen: „Sie schaffen es aufgrund der Wechselkursänderungen nicht mehr, in Großbritannien auch nur einen Fiesta zu verkaufen.“ Das sei schon eine Vorstufe der Brexit-Auswirkungen. Die Landesregierung tue nur so, als ob sie sich auf den Brexit vorbereite. Brexit-Gesetz, Brexit-Beauftragter, Brexit-Büro in London – dies alles seien „Luftnummern“.

**Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) wies die Kritik zurück. Das Referendum zum Brexit habe am 23. Juni 2016 stattgefunden. Bis zum Regierungswechsel im Juni 2017 habe das Land „nichts getan, um sich auf die Folgen dieser historischen Fehlentscheidung vorzubereiten“. Es könne der Eindruck entstehen, dass es SPD, Grünen und AfD in der Debatte weniger um den Brexit, sondern eher um die Frage des künftigen CDU-Parteivorsitzes gehe. Als Brexit-Beauftragter ersetze Friedrich Merz nicht die Arbeit der Landesregierung, „die auf vielfältige Weise stattfindet“. Merz bringe „zusätzliche Expertise, Kontakte und Know-how“ ein.

„Sie simulieren Brexit-Sorgen“, wandte sich **Thomas Nückel** (FDP) an Kutschaty. Die geäußerten Bedenken hätten nichts mit der Realität zu tun. Die Opposition versuche, die Erfahrung des Brexit-Beauftragten Merz schlechtzureden. Dass Friedrich Merz nicht in aller Öffentlichkeit über seine Gespräche mit britischen Unternehmen berichte, treffe zu, sagte Nückel – und genau diese Vertraulichkeit mache das Amt aus. „Fragen Sie doch einmal erfolgreiche Wirtschaftsförderer im

Land, wie man Unternehmen ansiedelt“, empfahl Nückel. Auch sie zögen nicht „palavernd durch die Lande, bevor alles unter Dach unter Fach ist“.

### „Eine Art Eheberater“

„Es kann der unregelmäßige Brexit kommen, es kann der geregelte Brexit kommen und es kann gar kein Brexit kommen“, umriss Europaminister **Dr. Stephan Holthoff-Pförtner** (CDU) die Schwierigkeit, alle drei Szenarien gut vorzubereiten. Diese Ziele widersprächen sich, müssten aber gleichwertig behandelt werden. Der Beauftragte sei eine Art Eheberater in der Beziehung zwischen NRW und Großbritannien. Er solle Vertrauen schaffen, die Landesregierung und Unternehmen beraten – nicht die Öffentlichkeit. Die Landesregierung versuche, „aus dem denkbar Schlechten das Beste herauszuholen“.

*wib, zab, sow*

### Brexit-Übergangsgesetz

In der Plenarsitzung am 12. Dezember 2018 hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf im Zusammenhang mit dem Brexit eingebracht („Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexit-Übergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW“, [17/4351](#)). „Zur Schaffung von Rechtssicherheit in der vom Entwurf des Austrittsabkommens vorgesehenen Übergangsphase“ seien vorsorglich Regelungen zu schaffen, „die die Rechtslage für den Fall klären, dass das Austrittsabkommen zustande kommt und in Kraft tritt“. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019** | [17/3300](#), [17/4100](#), [17/4450](#) | Landesregierung | 2. Lesung 28. und 29. November 2018 | 3. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze** | [17/3303](#), [17/4418](#), [17/4438](#) | Landesregierung | 2. Lesung 28. und 29. November 2018 | angenommen

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019** | [17/3302](#), [17/4100](#), [17/4451](#) | Landesregierung | 2. Lesung 28. und 29. November 2018 | 3. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018** | [17/3400](#), [17/4099](#), [17/4449](#) | Landesregierung | 2. Lesung 28. und 29. November 2018 | 3. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/2351](#), [17/4525](#), [17/4541](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden** | [17/2576](#), [17/4526](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit** | [17/2394](#) | AfD | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | abgelehnt

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine NRW** | [17/4107](#) | SPD und Grüne | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | abgelehnt

**Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3037](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [17/3558](#), [17/4515](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG** | [17/2993](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften** | [17/1447](#) | AfD | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | abgelehnt

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften** | [17/2994](#), [17/4518](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung** | [17/3580](#) | CDU und FDP | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Nordrhein-Westfalen** | [17/3775](#), [17/4524](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze** | [17/4097](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember | 3. Lesung 13. Dezember 2018 | angenommen

**Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften** | [17/3570](#), [17/4519](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes** | [17/3778](#) | Landesregierung | 2. Lesung 12. Dezember 2018 | angenommen

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes** | [17/4350](#) | Landesregierung | 1. Lesung 12. Dezember 2018 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/4351](#) | Landesregierung | 1. Lesung 12. Dezember 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

**Gesetz zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge und zur Änderung weiterer Gesetze** | [17/4220](#) | Landesregierung | 1. Lesung 28. November 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

**Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes** | [17/4303](#) | Landesregierung | 1. Lesung 28. November 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

**Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/4304](#) | Landesregierung | 1. Lesung 28. November 2018 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (AG InsO)** | [17/3947](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes NRW** | [17/4112](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | Wahlprüfungsausschuss | in Beratung

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesehung an ihre Ausbildung** | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz** | [17/3773](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften** | [17/3776](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | [17/3801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | [17/3777](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften** | [17/3569](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/3005](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatserferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks in Köln (WDR)** | [17/2759](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

# Wenn Hausärzte knapp werden

## Sachverständige äußern sich zur Versorgung auf dem Land

21. November 2018 – In ländlichen Regionen werden die Hausärzte knapp. Um gegenzusteuern, hat die Landesregierung ein „Landarztgesetz“ auf den Weg gebracht. Es sieht u. a. eine Vorabquote bei der Zulassung zum Medizinstudium vor. Das heißt: Maximal zehn Prozent der Medizinstudienplätze sollen an vorab ausgewählte Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden. Die wiederum verpflichten sich, nach der Ausbildung zehn Jahre lang in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Gegenden zu arbeiten. Halten sie sich nicht daran, droht eine Vertragsstrafe in Höhe von 250.000 Euro.

Bei der Studienplatzvergabe soll zudem nicht nur eine sehr gute Abiturnote entscheidend sein. Die „Orientierung an Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten in Verbindung mit Empathie und Sozialkompetenz“ seien ebenfalls „wichtige Schlüsselfaktoren des ärztlichen Berufs“, heißt es in dem Gesetzentwurf („Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs des Landes Nordrhein-Westfalen“, [17/3037](#)). In einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Wissenschaftsausschusses haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund unterstützten das Ziel „vollumfänglich“, wie es in einer Stellungnahme für die Ausschüsse hieß. Sie empfahlen jedoch, das Gesetz auf die „ärztliche Versorgung allgemein“ zu erweitern. Es mangle auch an Fachärztinnen und -ärzten sowie an Bewerbungen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst.

Der Gedanke, bereits bei der Studienplatzvergabe anzusetzen, sei „prinzipiell sinnvoll“,

so der Städtetag. Eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung werde sich aber durch die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung „alleine nicht realisieren lassen“. Die vorab vergebenen Studienplätze stünden anderen nicht mehr zur Verfügung, das Angebot werde „verknappt“. Zu spürbaren Verbesserungen werde es nur kommen, „wenn deutlich mehr Medizinstudienplätze vom Land geschaffen werden“. Zudem beschränke sich das Problem nicht allein auf den ländlichen Raum. Auch städtische Gebiete seien von Ärztemangel betroffen – „insbesondere Stadtgebiete mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Menschen und einem niedrigen Anteil von Privatversicherten“.

Man unterstütze die Initiative der Landesregierung, schrieb die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein in ihrer Stellungnahme: „Insbesondere in ländlichen Regionen kann ein Teil der hausärztlichen Sitze nicht nachbesetzt werden.“ Dies zeichne sich mittelfristig jedoch auch in Ballungsräumen ab. Zwar lege das geplante „Landarztgesetz“ den Bewerberinnen und Bewerbern um einen Studienplatz Einschränkungen für deren individuelle Lebensplanung auf, dennoch sei die im Gesetzentwurf vorgenommene Abwägung „sachgerecht und verhältnismäßig“.

Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe sah im Gesetzentwurf ein „zusätzliches Instrument, dem prognostizierten Hausärztemangel auf lange Sicht entgegenzutreten“. Sie empfahl zudem, an den Medizinischen Fakultäten in NRW eine „Landarztquote“ einzuführen. Dies würde unmittelbar zu einer Stärkung der hausärztlichen Versorgung beitragen.

„Die ersten Studenten, die im Rahmen der Landarztquote den Studienplatz erhalten, können nicht vor Wintersemester 2019/2020 ihr Studium beginnen“, gab die Ärztekammer Nordrhein zu bedenken. Eine Verbesserung der hausärztlichen Versorgung würde also erst von 2031 an eintreten. Die Kammer empfahl, den Ausbau der Telemedizin (zum Beispiel Online-Sprechstunden) zu fördern und dies in die Digitalisierungsstrategie des Landes aufzunehmen. Möglicherweise könne die Situation so schneller verbessert werden.

### „Weiterer Mosaikstein“

Der Hausärzteverband Westfalen-Lippe begrüßte die Gesetzesinitiative. Gleichwohl könne die Landarztquote „nur ein weiterer Mosaikstein im Ganzen“ sein. Allerdings bringe die Regelung auch Risiken: „Bessergestellte Studierende könnten sich nach ihrem Studium freikaufen und entsprechend eine andere Facharzttrichtung als die Allgemeinmedizin einschlagen.“

Das Ärzte-Netzwerk „Medizin und Mehr“ bewertete den Gesetzentwurf positiv und schlug außerdem vor, die Budgetierung medizinischer Leistungen in schlecht versorgten Regionen individuell anzusetzen, so dass „kein negativer Anreiz“ für Hausärzte bestehe, gegen Ende des Quartals keine Leistungen mehr anzubieten.

Als „verfassungsrechtlich unproblematisch“ bezeichnete der Verwaltungsrechtler Wilhelm Achelpöehler (Münster) die Einführung einer Landarztquote. Er sah jedoch Probleme bei der Studienplatzvergabe. Die Unterschiede bei den Abiturdurchschnittsnoten in den Bundesländern würden nicht berücksichtigt. „Eine Landarzt- als Vorabquote kann durch das Land Nordrhein-Westfalen grundsätzlich in zulässiger Weise eingeführt werden“, befand Prof. Dr. Stefan Huster (Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum).

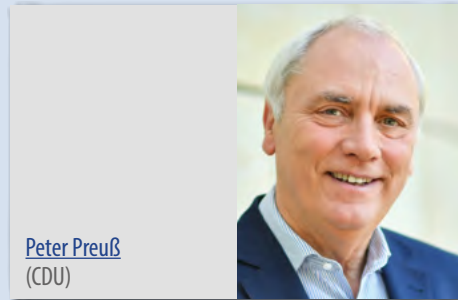
Der Landtag hat dem Gesetzentwurf am 12. Dezember 2018 mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD zugestimmt. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 12 und 13

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum „Landarztgesetz“



**Die medizinische Versorgung auf dem Land ...**

... ist aufgrund des drohenden Ärztemangels ein akutes Problem. Die Bürgerinnen und Bürger haben, unabhängig davon, ob sie in einem Ballungsraum oder auf dem Land leben, das Recht auf eine wohnortnahe und gute medizinische Versorgung. Mit dem Landarztgesetz und verstärkten Anstrengungen bei der Telemedizin legt die NRW-Koalition wichtige Grundsteine dafür, das Problem nachhaltig zu lösen.

... muss ebenso wie in den Städten für alle Menschen gleichermaßen auf einem hohen Niveau sichergestellt werden. Dabei muss Gesundheit bezahlbar bleiben und die medizinische Versorgung für jeden erreichbar sein. Dazu gehört auch, dass die finanziellen Rahmenbedingungen von Krankenhäusern in NRW weiter verbessert und die Investitionen in die Substanz der Krankenhäuser deutlich erhöht werden.

**Eine frühe Festlegung der Studierenden ...**

... muss kein Problem sein. Es gibt hochmotivierte junge Menschen, die schon früh wissen, dass sie Hausärztin/Hausarzt werden möchten. Sie sollen durch die Landarztquote die Möglichkeit zu einem Studium erhalten, zu dem sie ansonsten gar nicht oder erst später einen Zugang erhalten würden. Für alle anderen stehen nach wie vor Studienplätze im Rahmen des regulären Auswahlverfahrens zur Verfügung.

..., sich zu einer hausärztlichen Tätigkeit in einer unterversorgten ländlichen Region zu verpflichten, ist sowohl in rechtlicher als auch in sozialer Hinsicht ein problematisches Zugangskriterium für junge Studierende. Niemand weiß mit Anfang 20, wie sich die persönliche und berufliche Situation zwölf Jahre später nach Abschluss eines Medizinstudiums darstellt. Wichtiger als eine starre Quote ist daher, dass das Studium der Allgemeinmedizin und der Beruf der Allgemeinmediziner attraktiver ausgestaltet werden.

**Hochschulen ...**

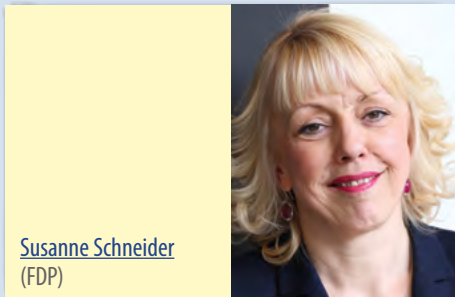
... müssen eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen für Humanmedizin vorhalten, denn wir brauchen mehr Ärzte. Aus diesem Grund wird in Bielefeld eine medizinische Fakultät für bis zu 300 zusätzliche Medizinstudentinnen und -studenten pro Jahr eingerichtet. Zudem sollen alle medizinischen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin erhalten, um diese Fachrichtung zu stärken.

... kommt bei der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten eine hohe Verantwortung zu. NRW verfügt über ein effektives und differenziertes Gesundheitssystem. Vor dem Hintergrund des demographischen und digitalen Wandels werden künftig neue Anforderungen an die Medizin der Zukunft herangetragen. Trotz Hochschulfreiheit müssen die Hochschulen ihrem Lehrauftrag im Bereich der Mediziner Ausbildung gerecht werden und die vorhandenen Strukturen und Personalressourcen für die Lehre effizienter nutzen.

**Telemedizin ...**

... ist ein wichtiger Baustein, der die medizinische Versorgung zukünftig unterstützend sichern kann. Digitale Technologien wie telemedizinische Diagnostik, Telenotarzt und digitale Rezepte können Aufwand verringern und behalten dennoch das vertrauensvolle, direkte Verhältnis zwischen Arzt und Patient im Fokus.

... ist ein Instrument, das es zu nutzen gilt, um Ärztinnen und Ärzte in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Telemedizin kann dabei helfen, die medizinische Versorgung von Patientinnen und Patienten weiter zu verbessern. Die Potentiale der Digitalisierung des Gesundheitswesens müssen daher konsequent genutzt werden. Deswegen muss die Telematikinfrastruktur weiter ausgebaut werden und eine elektronische Patientenakte für alle Versicherten eingeführt werden.

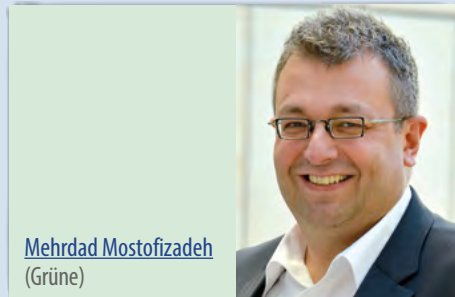


... ist durch einen Ärztemangel bedroht. Deshalb brauchen wir eine stärkere Anerkennung der hausärztlichen Tätigkeit und Entlastung von bürokratischer Regulierung. Die NRW-Koalition fördert die Niederlassung im ländlichen Raum und unterstützt Quereinsteiger aus der Klinik z. B. durch Qualifizierung. Die Studienplatz-Quote ist ein weiteres wichtiges Instrument, um künftig mehr Landärzte zu gewinnen.

... kommt gerade für die Studienbewerber in Betracht, die schon von klein auf eine spätere Tätigkeit als Landarzt angestrebt haben. Mit der Vorab-Quote eröffnen wir denen Chancen, die eine hohe Motivation mitbringen, aber in dem bisherigen Auswahlverfahren mit Numerus clausus nicht zum Zuge kommen. Erfahrungen wie bei Bundeswehr-Ärzten zeigen, dass frühe Festlegungen durchaus praktikabel sind.

... können mit ihrem Lehrangebot dazu beitragen, dass Absolventen sich für eine Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und eine hausärztliche Tätigkeit entscheiden. Deshalb werden wir eine medizinische Fakultät in Bielefeld einrichten und die Studienplätze an der Universität Witten-Herdecke verdoppeln. Diese zusätzlichen Studienangebote zielen verstärkt auf die Tätigkeit in einer Hausarztpraxis.

... kann den persönlichen Kontakt nicht völlig ersetzen, aber z. B. mithilfe von Online-Sprechstunden und einer Fernüberwachung von Vitalwerten Ärzte entlasten und so die Versorgung in der Fläche verbessern. Entsprechende Leistungen müssen aber auch angemessen vergütet werden. Telematik-Anwendungen benötigen zudem den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur.

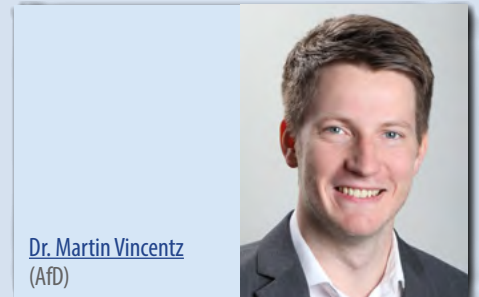


... muss sichergestellt werden! Wir brauchen überall eine wohnortnahe ärztliche, pflegerische und psychosoziale Betreuung. Das Problem ist die Verteilung der Arztpraxen mit einer Unterversorgung in ländlichen, strukturschwachen Regionen. Um hier eine bessere ärztliche Versorgung sicherzustellen, müssen sich Land, Kassenärztliche Vereinigung und Krankenhäuser deutlich stärker abstimmen. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in NRW.

... ist schlecht. Es muss ihnen möglich sein, sich im Laufe des Studiums ihre Schwerpunkte selbst zu suchen. Gleichzeitig muss die Attraktivität der Allgemeinmedizin gestärkt werden. Dazu brauchen Ärztinnen und Ärzte gute Rahmenbedingungen für ihren Beruf und ein auch persönliche Belange erfüllendes Arbeitsumfeld. Familie und Beruf müssen besser zu vereinbaren sein.

... und Universitätskliniken können durch eine attraktive Studiengestaltung und Weichenstellungen beim Personal wie beispielsweise mehr unbefristete Arbeitsverträge und mehr patientenbezogene Ausbildungskapazität dazu beitragen, dass mehr Menschen Medizin studieren und sich für die Allgemeinmedizin entscheiden. Das Land muss dafür die angemessenen Rahmenbedingungen bieten, aber auch Möglichkeiten einfordern und überprüfen.

... kann die medizinische Arbeit vor Ort unterstützen, aber nicht ersetzen. Sie ermöglicht eine qualifizierte Unterstützung und eine bessere sektorübergreifende Zusammenarbeit der medizinischen Behandlung, gerade in sehr spezifischen Bereichen wie der Diabetes oder der Blutdruckkontrolle. Sie sollte aber nur dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich die Patientenversorgung verbessert und die Arbeit erleichtert.



... ist bereits heute in vielen Bereichen bedroht und längst nicht mehr lückenlos gewährleistet. Sie wird nur durch den überragenden Einsatz besonders engagierter Kolleginnen und Kollegen überhaupt noch durchgeführt. Es muss daher vordringliche Aufgabe der Politik sein, einen systemischen Paradigmenwechsel einzuleiten, also überparteilich Lösungsansätze zu liefern, statt sich an unbedeutenden Details abzuarbeiten.

... ist sicher wünschenswert, aber aller Erfahrung nach weder realistisch noch zielführend: Erst im Verlauf des Medizinstudiums kristallisieren sich individuelle Interessen und persönliche Fähigkeiten heraus, nicht nur rein fachlich, sondern auch im Hinblick auf Wirkungsgebiete. Hier muss die Politik allerdings adäquate Anreize schaffen, um die Spezialisierung zum „Landarzt“ wieder attraktiv zu machen.

... müssen vonseiten der Politik angehalten werden, das mittlerweile etwas angestaubte Bild des Hausarztes entsprechend den offenkundigen Erfordernissen neu zu definieren. Nach wie vor steht die Ausbildung zu Spezialisten viel zu dominant im Fokus der universitären Agenda, während die Allgemeinmedizin als „uncool“ in den Hintergrund gedrängt wurde. Hier ist ein Umdenken und -steuern dringend geboten.

... scheint vielen Befürwortern einer technikorientierten Medizinversorgung die selig machende Lösung eines allerdings äußerst komplexen Problems. Natürlich kann Telemedizin helfen, in ländlichen Gebieten zumindest in einigen Fragestellungen der mangelnden Versorgung entgegenzutreten. Allerdings ersetzt am Ende keine Technik der Welt den persönlichen Kontakt zum Arzt – das muss unmissverständlich klargestellt sein!

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Bezahlbares, ökologisches Wohnen ist möglich – Werkstattgespräch der CDU-Fraktion

„Bauen. Wohnen. Leben – Wie gestalten wir lebendige Stadtquartiere von Morgen?“ – das Werkstattgespräch zu diesem Zukunftsthema stieß auf sehr großes Interesse. Weit über einhundert Expertinnen und Experten aus dem Bereich Bauen und Wohnen haben sich mit Abgeordneten der Fraktion ausgetauscht. Die Impulse für die Diskussion lieferten Timo Leu-

kefeld, Energieexperte und Dozent an der TU Bergakademie Freiberg, Dr. Gregor Bonin, Stadtdirektor und Technischer Beigeordneter der Stadt Mönchengladbach, und Vera Schmitz, Innenarchitektin und Präsidentin des BDIA.

Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eines der drängendsten Probleme der Zukunft. Es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit für den Einzelnen, dass das Wohnen im eigenen Stadtteil möglich sein muss. Den Städten selbst droht vielmehr ein großer Verlust an Vitalität, wenn sich die Menschen das Wohnen dort nicht mehr leisten können und den Stadtteil verlassen müssen. In den Vorträgen und der Diskussion mit den Gästen wurde eine große Zahl an innovativen Ideen ausgetauscht. Von der Kostensenkung

durch erneuerbare Energien über energieautarke Wohnungen bis hin zu Wohnraum, der nach Bedarf wächst und schrumpft, waren teils spektakuläre und zukunftsweisende Visionen Thema. Aber auch die Frage nach der Entwicklung von Quartieren als gesamtstädtische Strategie wurde intensiv diskutiert. Geeint hat alle Beteiligten die Frage nach mehr bezahlbarem Wohnraum. Wohnungsbaupolitik und Eigentumsförderung bedeuten für die CDU-Fraktion Familienförderung und aktive Altersvorsorge. Den bislang eingeschlagenen Weg wollen wir fortsetzen und mit neuen und innovativen Ideen weiterentwickeln.



### DSGVO – was hat sich für Vereine und Organisationen geändert?

Zur breiten Diskussion mit Gästen aus verschiedenen Vereinen und Organisationen, die von den Änderungen durch die DSGVO betroffen sind, lud die SPD-Landtagsfraktion am 20.11.2018 in den Landtag.

Im Zentrum der Veranstaltung standen vor allem Fragen der Verantwortlichkeit, der Daten-Speicherung und der Datenschutzerklärung. Mit den Gästen diskutierten die Europapolitikerin Birgit Sippel, der mittlerweile vom Bundestag gewählte Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Ulrich Kelber, sowie die NRW-Datenschutzbeauftragte, Helga Block. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Sven Wolf, sowie die Sprecherin für Digitalisierung und Innovation, Christina Kampmann, freuten sich, auch den auf Medienrecht spezialisierten Anwalt Christian Solmecke begrüßen zu können.



Mit der Datenschutz-Verordnung werde erreicht, dass EU-Grundrechte endlich auch von den großen Internetgiganten geachtet werden, hob Birgit Sippel hervor. Es werde aber in der Umsetzungsphase auch viel Stimmung gemacht mit im Grunde unproblematischen Vorgängen wie etwa in der Klingelschild-Debatte.

Die Vereine stünden nicht im Fokus. Die Landesdatenschutzbeauftragte bestätigte, dass die Aufsichtsbehörden im Fall von Vereinen zuerst stets den Dialog suchen. Dabei sei bisher überhaupt erst ein Verein wegen der Weitergabe von Mitgliederdaten betroffen gewesen. Ulrich Kelber unterstrich unabhängig davon die hohe Bedeutung einer fundierten Beratung durch gut ausgestattete Datenschutzbehörden.

Die Gäste des Abends machten deutlich, wie schwer es sei, Datenschutzbeauftragte außerhalb des Vorstandes zu benennen. Die Mehrbelastung für das Ehrenamt sei sehr hoch und müsse bei der Umsetzung und Kontrolle dringend mitberücksichtigt werden.



## Regierungstragende Fraktionen setzen Haushaltsakzente für Bildung, Wachstum und Sicherheit

Nordrhein-Westfalen legt für das kommende Jahr erneut einen ausgeglichenen Haushalt vor. Um das Land weiter voranzubringen und die Bedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern, wird zudem in Zukunftsfelder wie Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur und Sicherheit investiert. „Entscheidend ist die richtige Balance zwischen einem ausgeglichenen Haushalt und vernünftigen Investitionen in die Zukunft des Landes“, erklärt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. In einer Pressekonferenz haben die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von FDP und CDU, Christof Rasche und Bodo Löttgen, Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt 2019 vorgestellt, mit denen zusätzliche Akzente gesetzt werden.

Die Polizei wird mit 100 zusätzlichen Kommissarsanwärterstellen gestärkt. Damit können



im nächsten Jahr 2.500 junge Menschen ihre Ausbildung bei der Polizei beginnen, so viele wie nie zuvor. Digitalisierung in der Bildung ist ein Schwerpunkt, den die NRW-Koalition mit weiteren fünf Millionen fördert. „Gutes

Personal und eine moderne Ausstattung begeistern Kinder in mobilen Digitalwerkstätten für digitale Technik an Schulen“, betont Rasche. Das Projekt soll auf alle Landesteile ausgeweitet werden, um Eltern, Lehrer und Schüler mit der Digitalisierung vertraut zu machen. Um den Sanierungs- und Modernisierungsstaus in überbetrieblichen Ausbildungszentren des Handwerks entgegenzuwirken, werden die Mittel verdoppelt. Alle Regionen des Landes fair zu behandeln, ist ein Ziel der Koalition. Für die Dorferneuerung werden daher zusätzlich fünf Millionen Euro bereitgestellt.

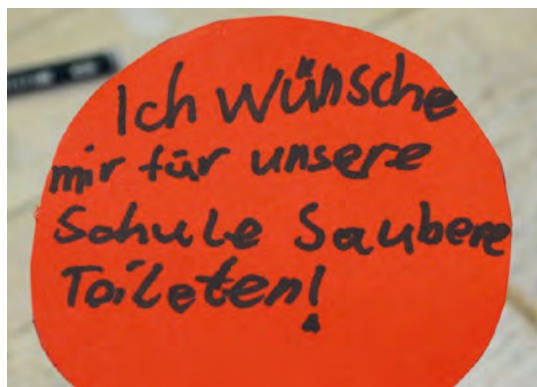


## Es weihnachtet sehr

Saubere Schultoiletten und Schulhöfe, mehr Einsatz für die Umwelt und gegen Armut sowie dass alle Kinder auf der Welt zur Schule gehen können – mit diesen und vielen weite-

ren Wünschen haben die Schülerinnen und Schüler der dritten Klassen der Kronprinzen-Gemeinschafts-Grundschule aus Düsseldorf unsere durchsichtigen Weihnachtskugeln be-

steckt. Mit den Kugeln und selbst gebasteltem Weihnachtsschmuck haben die 30 Kinder zusammen mit unseren Vorsitzenden Monika Düker und Arndt Klocke sowie weiteren Abgeordneten den Weihnachtsbaum der Fraktion geschmückt. Für ihre tatkräftige Unterstützung bekamen die kleinen Helfer\*innen ein Spielzeug zum Basteln. Unsere schöne Bio-Tanne stammt in diesem Jahr vom Naturlandbetrieb „Vielfalt Wald“ aus Lennestadt und kann noch bis zum kommenden Jahr im Foyer unserer Fraktion bewundert werden.



## Es weihnachtet sehr ...

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende, immer noch werden die Tage kürzer, Weihnachten steht vor der Tür: Zeit, ein wenig nachdenklich zurückzuschauen auf die vergangenen Monate und einen Ausblick zu wagen auf 2019.

Mit einem Paukenschlag fing es an, dieses Jahr, als die Umfragewerte für die schwarzgelbe Regierung auf unter 50 Prozent fielen; bis heute wird NRW von einer Koalition geführt, die keine Mehrheit mehr bei den Bürgern findet. Wir als AfD hingegen freuen uns über stetig wachsende Zustimmung als Bestätigung unserer konstruktiven Arbeit im Parlament.

Schwinderer Zuspruch hinderte CDU, SPD, FDP und Grüne jedoch nicht, gegen den Widerstand der AfD eine drastische Erhöhung der Mitarbeiterpauschale zu beschließen. Wäh-

rend bei der Polizeiausbildung kräftige Sparmaßnahmen verabschiedet wurden.

Lange erinnern werden wir uns an den Sommer, der zwar nicht so warm war wie 2003, aber dafür ausgesprochen lang mit schönstem Sonnenschein. Auch die Parlamentarier schwitzten, nicht zuletzt wegen der unseligen Diesel-Debatte, die ausgerechnet den Emittenten die Schuld für übermäßigen Stickoxid-Ausstoß zuschreibt, die am wenigsten dazu beitragen. Doch auch in NRW ist es die AfD-Fraktion, die sich massiv einsetzt für Vernunft im Interesse der Bürger.

Mittlerweile hat die Sonne Seltenheitswert, wir warten auf den ersten Schnee und freuen uns auf unsere Weihnachtsmärkte. Bis vor wenigen Jahren noch Orte des besinnlichen Miteinanders, fröhlicher Einkehr und unbeschwerter Festtagsstimmung. Heute vielerorts umfriedet

von gewaltigen Betonklötzen – Symbole einer Bedrohung all unserer Werte und Kultur, verarmlost von blinden Ideologen und Profiteuren eines völlig verantwortungslosen Gesellschaftsexperiments.

Die AfD-Fraktion im Landtag wird sich auch im kommenden Jahr als einzige noch verbliebene konservative Kraft für den Erhalt des Bewährten, die Verteidigung unserer Freiheit und die Selbstbestimmung aller Bürger einsetzen. Und damit für eine lebenswerte Zukunft in unserem schönen NRW. In diesem Sinne: Frohe Weihnachten!



# Ein Nachrichtenjahr in Bildern

11. Dezember 2018 – Der Abschied von der Steinkohle, die Auseinandersetzungen im Hambacher Forst, das Gedenken an den Brandanschlag von Solingen – nur drei der Themen, die das Nachrichtenjahr 2018 geprägt haben. Zum ersten Mal würdigte der Landtag die Arbeit von Fotojournalistinnen und -journalisten, die diese Themen in Bildern eingefangen hatten.

Auf Initiative des Präsidenten des Landtags, André Kuper, wurden das „NRW-Pressefoto“ ausgezeichnet und Preisgelder von insgesamt 12.000 Euro vergeben. Siegerin des Wettbewerbs: Ina Fassbender mit ihrem Bild „Kaue“. Es zeigt den Bergmann Marcel Pawlenka in der Waschkaue der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop, die dieses Jahr geschlossen wird. Die Jury überzeugte die Symbolkraft des Bildes, das das

Ende des Bergbaus, aber auch den mutigen und zuversichtlichen Blick in die Zukunft illustriert.

Auf den zweiten Platz gewählt wurde ein Foto des Empfangs des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan durch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet am Flughafen Köln – geschossen vom Fotografen Rolf Vennenbernd. Dritter wurde Wolfgang Rattay, der Polizisten unter einem Braunkohlebagger



Foto: Schälte





1. Platz: Ina Fassbender, „Kaue“

2. Platz: Rolf Vennenbernd, „Laschet – Erdogan“



während einer Demonstration am Hambacher Forst fotografierte.

## Zwei Nachwuchspreise

Die Jury entschied sich, zwei Nachwuchspreise zu vergeben. Marius Becker gewann mit einem Bild von der Gedenkfeier „25 Jahre nach Brandanschlag von Solingen“. Marcel Kusch er-

hielt den Preis für seine Aufnahme einer Szene mit Polizisten, RWE-Mitarbeitern und einem festgenommenen Demonstranten während der Proteste am Hambacher Forst.

Der Präsident des Landtags sagte: „Die ausgewählten Bilder schaffen es, einen Augenblick zu zeigen und doch eine komplexe Botschaft zu übermitteln. Geschichten, Debatten und Momente des Jahres werden erzählt und ziehen den

Betrachter in ihren Bann.“ Er kündigte an, den Wettbewerb im kommenden Jahr fortzusetzen.

Bis zum 11. Januar 2019 zeigt der Landtag in einer Ausstellung die fünf Siegerfotos sowie weitere 25 Bilder, die die Jury aus den insgesamt 172 Wettbewerbsbeiträgen ausgewählt hatte. Zu sehen sind Fotos aus Köln, Düsseldorf, Aachen, Kerpen, Bonn, Münster, Paderborn, Solingen, Duisburg und Meerbusch. *red*

Nachwuchspreis: Marius Becker, „25 Jahre nach Brandanschlag Solingen“



3. Platz: Wolfgang Rattay, „Hambach“



Nachwuchspreis: Marcel Kusch, „Hambacher Forst“

# 2018 – Das Jahr im Rückblick

**Januar** Der Landtag beschließt den Haushalt für 2018. Der Etat hat ein Volumen von rund 74,5 Milliarden Euro. Erstmals seit 1973 sind keine neuen Schulden vorgesehen. Die Zahl der Organspenden in NRW ist rückläufig. In einer Aktuellen Stunde äußern sich alle Fraktionen besorgt über diese Entwicklung. Die Landesregierung sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Um Landesgeschichte für die Menschen greifbar und erlebbar zu machen, beschließt der Landtag die Einsetzung einer parteiübergreifenden und unabhängigen Planungsgruppe zum Thema „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“. Eine ihrer Aufgaben ist die Erarbeitung eines Konzepts für ein „Haus der Geschichte“ als Verbindung von Forschungsinstitut und Museum.

**Februar** In einer Aktuellen Stunde befasst sich der Landtag mit dem „Diesel-Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichts. Es hatte Fahrverbote zur Verbesserung der Luft in Ausnahmefällen erlaubt. Der Petitionsausschuss legt seinen Bericht fürs zweite Halbjahr 2017 vor. Rund 3.600 Bürgerinnen und Bürger hatten sich in diesem Zeitraum an den Ausschuss gewandt. Er hilft bei Ärger mit Behörden, die der Aufsicht des Landes unterstellt sind. Rund 400 Neuntklässler aus ganz Nordrhein-Westfalen beteiligen sich am ersten Aktionstag „Landtag

macht Schule“. Sie nehmen die Plätze der Abgeordneten ein und debattieren über das nicht ganz ernst gemeinte Thema „Kostümzwang an Karneval“.

**März** Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier holt seinen Antrittsbesuch im nordrhein-westfälischen Landtag nach. Der ursprünglich für November 2017 geplante Termin war wegen der Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung kurzfristig verschoben worden. Die Landesregierung unterrichtet das Plenum darüber, wie sie die Luftqualität in den Städten verbessern will, um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu vermeiden. Die Opposition hält die vorgestellten Maßnahmen für nicht ausreichend. Der Landtag beschließt mehrheitlich das „Entfesselungspaket I“: Geschäfte dürfen künftig an acht statt wie bisher an vier Sonntagen im Jahr öffnen, die sogenannte Hygiene-Ampel wird abgeschafft, das Tarifreue- und Vergabegesetz novelliert. Das Abitur nach neun Jahren (G9) soll an Gymnasien wieder die Regel werden – die Landesregierung bringt dazu einen Gesetzentwurf ein. Die Abkehr vom „Turbo-Abitur“ wird von allen Fraktionen unterstützt. Dennoch löst der Entwurf Kritik der Opposition aus.

**April** Das Ruhrgebiet steht im Mittelpunkt einer kontroversen Plenardebatte. Hintergrund: Ende des Jahres schließen in Bottrop und Ibbenbüren die beiden letzten deutschen

Zechen. Im Revier, gut 200 Jahre vom Steinkohlebergbau geprägt, endet damit eine Ära. Die Landesregierung will den neuen Herausforderungen mit einer „Ruhr-Konferenz“ begegnen. Der Opposition reicht das nicht. In einer Aktuellen Stunde debattiert der Landtag über die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. In einer weiteren Debatte geht es um die geplante Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes. Geplant sind u. a. neue Fahndungsmöglichkeiten, eine Ausweitung der Videoüberwachung und der Einsatz elektronischer Fußfesseln. Die regierungstragenden Fraktionen loben den Gesetzentwurf, die Opposition äußert sich kritisch. Im Landtag wird die Ausstellung „Ich bin meines Bruders Hüter“ eröffnet. Präsentiert werden die Lebensläufe von elf Deutschen, die von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Israel als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden. Sie hatten während der Nazizeit ihr Leben riskiert, um Juden vor der Ermordung zu retten. Der Landtag startet eine neue Veranstaltungsreihe: Beim ersten „Parlamentsgespräch“ steht die „Zukunft des Föderalismus“ im Mittelpunkt.

**Mai** In Aktuellen Stunden debattiert der Landtag über die neue Europäische Datenschutzgrundverordnung und einen vermeintlichen Hackerangriff auf die zurückgetretene Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU). In einer Mammut-Anhörung äußern sich rund 40 Sachverständige zu einer Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren (G9). Der



Foto: Hartmann



Landtag erinnert mit einer großen Festveranstaltung an die Gründung des Staates Israel vor 70 Jahren. Während der Veranstaltung wird das Ehepaar Maria und Josef Otten aus Düsseldorf posthum als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

**Juni** Der Präsident des Landtags, André Kuper, vereidigt die neue Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Ursula Heinen-Esser (CDU). Der Landtag setzt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und

Grünen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Die Fraktionen von CDU, FDP und AfD enthalten sich. Das Gremium soll u. a. Vorwürfe „möglicher Vertuschungen und wahrheitswidriger Erklärungen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem angeblichen Hacker-Angriff auf Frau Staatsministerin a.D. Christina Schulze Föcking“ prüfen. In Aktuellen Stunden geht es um die auf Bundesebene geplante Kommission zur Zukunft der Kohleverstromung und erneut um drohende Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Einstimmig beauftragt der Landtag die Landesregierung, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen. In einer Sachverständigenanhörung des Innenausschusses äußern sich Expertinnen und Exper-

ten zu den von der Landesregierung geplanten Änderungen im Polizeigesetz. Beim 9. Jugendländtag übernehmen junge Leute aus ganz Nordrhein-Westfalen drei Tage lang die Plätze der „echten“ Abgeordneten und lernen die Parlamentsarbeit kennen. Höhepunkt ist eine Plenarsitzung.

**Juli** Der Landtag beschließt die grundsätzliche Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang an Gymnasien (G9), ebenso die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde. Sie ermöglicht es Einzelpersonen, eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof einzureichen. In Aktuellen Stunden diskutieren die Abgeordneten über wohnungslose Frauen und die Inklusion an Schulen. In einer rund sechsstündigen Anhörung des Ausschusses für Digi-

## Ein letztes Glückauf

Wehmut, Dankbarkeit, Zuversicht: Mit einem gemeinsamen Festakt in Düsseldorf verabschiedeten sich die Landtage Nordrhein-Westfalen und Saarland am 12. September 2018 von der Steinkohle. Ende des Jahres werden die letzten Zechen in Bottrop und Ibbenbüren schließen, im Saarland wurde der letzte Pütt bereits 2012 dichtgemacht.

Mehr als 500 Gäste hatten sich im nordrhein-westfälischen Parlament versammelt – aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und Kultur. Von der Be-

suchertribüne des Landtags aus verfolgten 120 Kumpel aus Bottrop und Ibbenbüren in ihren traditionellen Bergmannskitteln den Festakt. Der Ruhrkohle-Chor sang „You’ll never walk alone“ und ganz zum Schluss das Steigerlied.

„Wir verneigen uns vor dem Lebenswerk der Bergleute“, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mit der letzten Schicht im Dezember gehe eine Ära zu Ende, die das Land Nordrhein-Westfalen geprägt habe. Kohle sei der „Brennstoff

für Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder“ gewesen, erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet. NRW richte nun den Blick nach vorne und werde neue Perspektiven in den Bergbauregionen entwickeln.

„Wir sind stolz auf Ihre Arbeit“, sagte Laschets saarländischer Amtskollege Tobias Hans zu den Bergleuten. Michael Vassiliadis, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, betonte: „Dies ist ein Tag des Respekts, nicht der Freude.“



talisierung und Innovation geht es um das Thema „Digitalisierung“. Schwerpunkte sind u. a. Stadtentwicklung, Mobilität, Energie, Bildung und Datensicherheit. Die Enquetekommission I zur „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ nimmt ihre Arbeit auf.

**August** Der Rechtsausschuss kommt zu einer Sondersitzung zusammen. Es geht um den „Fall Sami A.“. Hintergrund ist die nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts unrechtmäßige Abschiebung des islamistischen Gefährders nach Tunesien. André Kuper, der Präsident des Landtags, besucht mit einer Delegation vier Tage lang Israel und die palästinensischen Gebiete. Begleitet wird er u. a. von Norbert Römer, dem Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Israel im NRW-Landtag, dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer aus Köln, sowie der Generalsekretärin der Union Progressiver Juden, Irith Michelson aus Bielefeld.

**September** In erster Lesung berät der Landtag über den geplanten Haushalt 2019. Der Etat hat ein Volumen von rund 77,1 Milliarden Euro. Nach Angaben der Landesregierung sehen die Planungen erstmals seit 1973 einen Überschuss in Höhe von 30 Millionen Euro vor. Die Opposition ist der Ansicht, dass mehr Schulden abgebaut werden müssten. Der Landtag gedenkt der Opfer des Gladbecker Geiseldramas vor 30 Jahren und erkennt die Verantwortung Nordrhein-Westfalens für die damals gemachten Fehler an. Die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ist Thema einer Aktuellen Stunde. Bei einem gemeinsamen Festakt im NRW-Landtag

verabschieden sich Nordrhein-Westfalen und das Saarland vom Steinkohle-Bergbau (siehe Extra-Bericht). „30 Jahre Landtag am Rhein“ – das Jubiläum wird mit zwei „Parlamentsnächten“ gefeiert. Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher sind dabei und genießen ein buntes und informatives Programm.

**Oktober** Der Landtag beschließt die Einrichtung zweier Enquetekommissionen – „zum bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ und „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über ihre Planungen zu „aktuellen energie- und klimapolitischen Herausforderungen“. Verbunden ist die Unterrichtung mit einer Aktuellen Stunde zum gerichtlich angeordneten Rodungsstopp im Hambacher Forst. In einer weiteren Aktuellen Stunde geht es um den Tod eines Syrers in der Justizvollzugsanstalt Kleve. Der Mann saß nach einer Verwechslung irrtümlich in der JVA und starb an den Folgen eines Brandes in seinem Haftraum. In einer Sachverständigenanhörung zum Haushaltsentwurf 2019 äußert der Landesrechnungshof verfassungsrechtliche Bedenken. Es geht um die von der Landesregierung geplante Bildung einer allgemeinen Rücklage mit Einnahmeüberschüssen aus 2018, um sie im Haushaltsjahr 2019 zu verwenden. Der

Haushalts- und Finanzausschuss befasst sich in einer Sondersitzung mit dem Thema. Die Planungsgruppe des Landtags stellt erste Ideen zu einem „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ vor.

**November** Zwei Plenarwochen sind im November angesetzt. In Aktuellen Stunden wird über drohende Dieselfahrverbote, Gefährdungen durch Shisha-Bars, eine mögliche Abschaffung der Stichwahl auf Kommunalebene sowie die Auswirkungen des Brexit auf Nordrhein-Westfalen und Gewalt gegen Mädchen und Frauen debattiert. Der Landtag beschließt die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum Tod eines Syrers nach einem Zellenbrand in der JVA Kleve. Das Gremium, kurz „PUA Kleve“, soll die „Umstände der Verwechslung, Inhaftierung, des Todes von Amad A. und des Umgangs mit dessen Familie“ prüfen. In Feierstunden gedenken die Teilnehmer der Opfer der Pogromnacht vor 80 Jahren und des Endes des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren.

**Dezember** Der Landtag beschließt mehrheitlich den Haushalt für das Jahr 2019. Mit Mehrheit verabschiedet wird zudem das „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen“. Es räumt der Polizei zusätzliche Befugnisse ein.

zab



FORUM

# „Wichtigste Wahl des Jahrzehnts“

## Parlamentsgespräch zur Zukunft der Europäischen Union

27. November 2018 – „Ein halbes Jahr vor der Wahl – Wohin steuert Europa?“ So lautete der Titel des mittlerweile dritten Parlamentsgesprächs, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte. Prominente Expertinnen und Experten diskutierten über die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai kommenden Jahres und die aktuelle Krise der Europäischen Union (EU).

Die Herausforderungen für Europa seien gewaltig, betonte Präsident Kuper in seiner Begrüßungsrede. Bei der Bewältigung der Probleme komme es darauf an, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Wer nicht gegen den europäischen Einigungsprozess sei, verhalte sich häufig zu still. Kuper mahnte: „Europa darf kein Projekt der Eliten, sondern muss ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger sein.“

Als nichts Geringeres als die „wichtigste Wahl in diesem Jahrzehnt“ bezeichnete der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Prof. Dr. Jürgen Rüttgers in seinem Impulsreferat die Europawahl 2019. Benötigt werde eine hohe Wahlbeteiligung, denn dieser Urnengang sei die letzte Möglichkeit, den Radikalen und Populisten in Europa zu sagen: „Bis hierhin und nicht weiter.“

### „Größte Friedensbewegung“

Der frühere Regierungschef nannte die EU die „größte Friedensbewegung, die es je gegeben hat“. Aktuelle Herausforderungen wie die Ukrainekrise oder die Bekämpfung von Fluchtursachen könne Europa nur gemeinsam bestehen. Rüttgers rief zugleich dazu auf, mehr Demokratie in der EU zu wagen: So müssten die Europaparlamentarier die Möglichkeit erhalten, Gesetzentwürfe zur Abstimmung vorzulegen (Initiativrecht). Dass die Diskussionen im Europäischen Rat, dem EU-Gremium der Staats- und Regierungschefs, hinter verschlossenen Türen stattfänden, sei „zutiefst undemokratisch“.

Braucht die EU eine neue Vision für die Zukunft wie ein Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“?, fragte Moderatorin Anne Gesthuysen in die Diskussionsrunde. Er wolle dies nicht ausschließen, sagte der Jurist Daniel Rö-

der, Mitbegründer der pro-europäischen Bürgerinitiative „Pulse of Europe“. Zum jetzigen Zeitpunkt könne eine solche Diskussion aber „Wasser auf die Mühlen der Populisten“ sein. Zunächst müsse es darum gehen, die Themen, die die Menschen bewegten, anzugehen, betonte er. Bei Klimaschutz, Migration oder Digitalisierung könne die EU Motor der Gestaltung sein.

Der Journalist Rolf-Dieter Krause, langjähriger Leiter des ARD-Studios in Brüssel, hob hervor, die EU stehe für die Sicherung des Friedens und des Wohlstandes in Europa und die Gestaltung der Globalisierung. Er kritisierte, dass sich einige Mitgliedstaaten nicht mehr an EU-Regeln hielten, und plädierte für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Deutschland und Frankreich müssten vorangehen und mit weiteren „verlässlichen Partnern“ die europäische Integration fortsetzen. Krause warnte: „Europa scheitert nicht durch einen großen

Knall, sondern durch Erosion. Und diese Erosion hat längst begonnen.“

Das europäische Meinungsforschungsprojekt der Bertelsmann Stiftung, Eupinions, holt die Meinung der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu Zukunftsfragen Europas ein. Projektleiterin Isabell Hoffmann berichtete, dass diese in Europa durchaus ein positives Potenzial der EU sähen. Aber das Vertrauen sei erschüttert worden. Die Menschen wollten, dass Europa funktioniere und Probleme gelöst würden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssten wieder für das europäische Projekt begeistert werden, sagte Röder. „Sattheit“ gefährde den Bestand von liberalen Demokratien. Deshalb werde „Pulse of Europe“ auch eine Europawahlkampagne starten.

wib

Mehr Informationen zum Parlamentsgespräch finden Sie in einem Video unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

André Kuper, der Präsident des Landtags (4.v.l.), mit (von links) Rolf-Dieter Krause, Anne Gesthuysen, Isabell Hoffmann, Daniel Röder und Prof. Dr. Jürgen Rüttgers. Fotos: Zanin





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Mängel in NRW-Kliniken

21.11.2018 – Laut einem Bericht des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) – das federführende Gremium der Selbstverwaltung des deutschen Gesundheitswesens – weisen 17 Kliniken in NRW eine „unzureichende Qualität“ auf. Die Ergebnisse basierten auf Erhebungen aus 2017, sagte Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Qualitätsmängel bezögen sich auf die Abteilungen Gynäkologie, Geburtshilfe und Mammografie. Sie beträfen die Dokumentation, nicht aber die Behandlung von Patientinnen, und seien bereits abgestellt worden. Das Ministerium lege abschließend einen Prüfungsbericht vor.

## Eskalierte Festnahme

22.11.2018 – Eine gewaltsame Auseinandersetzung vor einer Shisha-Bar in Essen war Thema einer Aktuellen Viertelstunde im Innenausschuss. Bei einer Kontrolle am 7. September wurden laut Polizei eine Beamtin angegriffen und ein 17-jähriger Deutscher libanesischer Herkunft festgenommen. Die Familie des Inhaftierten habe Anzeige erstattet, berichtete Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU). Die Anzeige richte sich gegen Polizisten wegen Körperverletzung und gegen den Polizeipräsidenten aus Essen wegen übler Nachrede und Verleumdung. Aktuell würden Videoaufnahmen ausgewertet, die den Tathergang zeigten. Es werde geprüft, ob libanesischer Familienclans in die Tat involviert seien. [Verena Schäffer](#) (Grüne) wies darauf hin, dass sich die Aussagen der Familie und die der Polizei widersprächen, und warnte vor Vorverurteilung aufgrund ausländischer Herkunft. [Markus Wagner](#) (AfD) kritisierte, es sei absurd, dass „Kriminelle“ das Vorgehen der Polizei kriminalisierten und die „Rassismuskule“ gegen Polizeibeamte schwängen. [Gregor Golland](#) (CDU) warnte davor, „Clankriminellen auf den Leim“ zu gehen, die sich als

Opfer stilisierten und den Vorwurf „rassistischer Polizeiwillkür“ erhöhen. [Hartmut Ganzke](#) (SPD) empfahl, die Ergebnisse der Ermittlungen abzuwarten und keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

## Medien-Strategie

22.11.2018 – Die Landesregierung wird das Medienforum NRW ganz einstellen, nachdem das Treffen von Medienschaffenden 2018 bereits ausgefallen war. Dies kündigte der zuständige Staatssekretär Nathanael Liminski im Ausschuss für Kultur und Medien an. Damit komme man dem Wunsch der Medienbranche nach. Nach intensiver Beratung mit dem Beirat „Medien-Digital-Land Nordrhein-Westfalen“ solle an die Stelle des Medienforums ein ganzjährig angelegtes Veranstaltungskonzept treten. Dazu sollen nach Angaben von Liminski auch bestehende Veranstaltungen aufgewertet werden, darunter die Computerspielmesse „Gamescom“. Eine Schlüsselrolle spiele das Global Media Forum der Deutschen Welle in Bonn. Die Landesregierung werde sich hieran mit 600.000 Euro beteiligen. Ziel sei, dass Bonn für die Medienbranche werde, was München für die Sicherheitspolitik sei. [Andrea Stullich](#) (CDU) und [Thomas Nückel](#) (FDP) begrüßten die neue Strategie nachdrücklich. Auch [Alexander Vogt](#) (SPD) äußerte grundsätzliche Zustimmung, hatte aber wie [Andreas Keith](#) (AfD) Nachfragen an die Regierung.

## Justizvollzug

5.12.2018 – Zwei Zellenbrände in Kleve und Hamm, ein Suizid in der JVA Herford wie auch viele Überstunden von JVA-Bediensteten waren Anlass einer Aktuellen Viertelstunde im Rechtsausschuss. Justizminister [Peter Biesenbach](#) (CDU) erläuterte ergriffene Maßnahmen: 189 neue Stellen und eine Million Euro für die Nachwuchsgewinnung. [Christian Mangen](#) (FDP) unterstützte den Minister: „In der Nachwuchsförderung liegt der Schlüssel.“ Mit der Brandproblematik befasse sich in Kürze eine

Expertenkommission unter Beteiligung eines Brandsachverständigen, so Biesenbach. Öffentlich die Brände zu debattieren, provoziere Nachahmungstaten, warnte er. Ein Suizidpräventionsprogramm mit speziell geschultem Personal und besonderem Fokus auf das erste Haftjahr solle Selbsttötungen möglichst verhindern. „Sie haben sich an der Vergangenheit abgearbeitet. Sie sollen aber die Zukunft gestalten“, kritisierte [Sven Wolf](#) (SPD). Eine von SPD und Grünen thematisierte Vertrauenskrise in der Justiz wies [Angela Erwin](#) (CDU) zurück. Neben der Expertenkommission seien auch Sofortmaßnahmen nötig, meinte [Stefan Engstfeld](#) (Grüne). Schnelle Lösungen gebe es nicht, antwortete der Minister auf konkrete Vorschläge wie Atemschutzmasken für Beschäftigte oder ein fest in der Zellenwand installierter Glühdraht anstelle der erlaubten Feuerzeuge.

## Enquetekommissionen

11./12.12.2018 – Die Enquetekommissionen (EK) II und III haben ihre Arbeit aufgenommen. Die konstituierende Sitzung der EK III „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ (Antrag der CDU-Fraktion, [17/3754](#)) fand am 11. Dezember 2018 statt. Die EK II „zum bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union („Brexit“) im Hinblick auf die Folgen und Auswirkungen für Nordrhein-Westfalen“ (Antrag der Grünen-Fraktion, [17/3792](#)) kam am 12. Dezember 2018 zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Einsetzung beider Gremien war im Oktober vom Landtag beschlossen worden. Die EK II soll sich mit den Konsequenzen des Brexit u. a. für Kommunen, Bildung und Wissenschaft befassen. Die Themen der EK III sind u. a. die Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamtes und der politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

# Porträt: Verena Schäffer (Grüne)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten vor. Diesmal im Porträt: Verena Schäffer, die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion. Die 32-jährige Historikerin ist seit 2012 Mitglied des Landesparlaments, lebt in Witten und bezeichnet sich als „Kind des Ruhrgebiets“. Die Schwerpunktthemen der zweifachen Mutter: die Innenpolitik und Strategien gegen Rechtsextremismus.

regelmäßig bis Mitternacht am Schreibtisch, beantwortet E-Mails, liest Unterlagen.

Nein, sie beklagt sich nicht. Als „PG“ mache es ihr „großen Spaß, die parlamentarische Arbeit im Hintergrund zu organisieren“. Sie fühlt sich privilegiert, sei ihre eigene Chefin und gut genug bezahlt, um eine Babysitterin zu finanzieren, die sie und ihr Kind nach Düsseldorf begleitet. Und sie wünscht sich mehr junge Mütter und Väter in den Parlamenten. „Kinder erden und geben einem andere Einblicke in die Welt“, sagt sie, „das brauchen wir.“ Dass nicht einmal ein Drittel der Abgeordneten im Landtag weiblich ist, findet sie absurd.

immer mehr arbeiten zu müssen, um anerkannt zu werden“, erinnert sie sich. Seither hat sie den Ruf, tief in Sachthemen einzudringen.

Das Baby auf ihrem Arm quengelt ein wenig, das Gespräch ist vorbei. Beim Hinausgehen öffnet Verena Schäffer die Tür zum „Eltern-Kind-Büro“ – das Kinderzimmer ihrer Fraktion, das gern genutzt wird. Dem Besucher fällt der frühere SPD-Regierungschef Peer Steinbrück ein, der sich einst über die Grüne Barbara Steffens mokierte, weil diese ihr Baby mit in eine Krisensitzung genommen hatte.

Es geht also voran, immerhin.

*Theo Schumacher*

## „Alt-Hebräisch als Fremdsprache“

Mit 23 Jahren erstmals Abgeordnete, mit 25 Vize-Fraktionschefin, mit 30 Parlamentarische Geschäftsführerin – was kommt als nächstes? Verena Schäffer muss lachen. „Keine Ahnung, ich habe keinen Plan.“ Und selbst wenn, sie würde ihn nicht verraten. Jetzt wolle sie erst einmal ihren „Job gut machen und das mit den beiden Kindern hinkriegen“. Seit die Grüne acht Wochen nach der Geburt ihres Sohnes wieder in Düsseldorf eingestiegen ist, verläuft ihr Alltag, sagen wir mal: sportlich.

Das Interesse an den Themen Frauen und Gleichberechtigung ist es auch, das sie 2004 zu den Grünen lockt. Politisches Gespür regt sich schon vorher, als die Schülerin ein Jahr in Kalifornien verbringt, wo ihr die „krassen gesellschaftlichen Gegensätze“ auffallen. Sie lebt in einer christlich-konservativen Familie, findet Freunde aber vor allem im links-alternativen Umfeld.

Ihr Eintritt in die Grünen ist der Beginn eines stetigen Aufstiegs. Schon 2006 wird sie Sprecherin der Grünen Jugend NRW. Gleichzeitig engagiert sie sich gegen Rechtsextremismus in Witten, wählt Alt-Hebräisch als vierte Fremdsprache in der Schule, studiert später Geschichte und Jüdische Studien in Düsseldorf. Auch das ebnet den Weg in ihre späteren politischen Fachbereiche, die Innenpolitik und die Strategien gegen Rechtsextremismus.

## „Bis Mitternacht am Schreibtisch“

Es ist Freitag, das Ende einer anstrengenden Plenarwoche. In der zweiten Fraktionsreihe hält Verena Schäffer die Stellung. Eine halbe Stunde später sitzt sie in ihrem nüchtern eingerichteten Büro, atmet durch. Hinter ihr steht der Kinderwagen. Die Babysitterin klopft an, um ihr ihren jüngsten zu bringen.

2010, als die ehrgeizige junge Frau nach ihrem Bachelor-Abschluss auf Berufspolitik umschaltete, vermisste sie weder Reisen noch abendliches Partymachen. Jetzt aber, da sie Familie hat, lernt sie die Kehrseite der parlamentarischen Medaille kennen. „Manchmal ist es schwierig“, sagt die Wittenerin, „beides unter einen Hut zu bringen.“ Sie arbeite mehr als Vollzeit. Wenn ihr Sohn und seine dreijährige Schwester abends im Bett liegen, sitzt sie

## „Tief in den Sachthemen“

Als die Grünen vor der Wahl 2010 junge Leute für ihre Landesliste suchen, ist sie zur Stelle. Sie ist gut vernetzt, wird gewählt – und als jüngste Abgeordnete von manchem Routinier im Landtag kritisch-neugierig beäugt. In ihrer Fraktion ist sie schnell akzeptiert. Anders im Innenausschuss, der traditionell von Männern dominiert ist. „Da hatte ich das Gefühl, als Frau

## Zur Person

Verena Schäffer ist seit 2010 Mitglied des Landtags. Von August 2012 bis Mai 2017 war sie stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion, seit Mai 2017 ist sie Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion. Verena Schäffer kam in Frankfurt zur Welt, doch ihre Familie zog schon bald ins Revier. An ihre Geburtsstadt hat sie keine Erinnerung. Sie sagt: „Ich bin ein Kind des Ruhrgebiets.“

## Nachgefragt

**Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?**

Die Romane des israelischen Schriftstellers Amos Oz, insbesondere die Bücher „Von Liebe und Finsternis“ und „Unter Freunden“.

**Welche Musik hören Sie gerne?**

Die Songs der Toten Hosen, vor allem deren Punkrock aus den Anfangsjahren.

**Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?**  
Vanillepudding.

**Ihr liebstes Reiseziel?**

Island mit seiner einzigartigen und faszinierenden Natur.

## Kurz notiert

### Chanukka-Fest im Landtag

Im Landtag ist am 4. Dezember 2018 wieder das jüdische Chanukka-Fest gefeiert worden. Zum festlichen Entzünden der dritten Kerze konnten der Präsident des Landtags, André Kuper, sowie Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis rund 150 Gäste begrüßen, darunter Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden und der christlichen Kirchen. Zum Chanukka-Fest hatte der Landtag gemeinsam mit den Landesverbänden der jüdischen Gemeinden von Nordrhein und Westfalen-Lippe, dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden sowie der Synagogen-Gemeinde Köln eingeladen. Der Präsident des Landtags rief zum Kampf gegen Antisemitismus auf. „Wir sind wachsam und vergewissern uns hier aus dem Landtag heraus, dass wir Deutsche alles tun werden, um jeder Form von aufkeimendem Antisemitismus zu wehren.“

### Heine-Preisträger zu Gast

Der Präsident des Landtags, André Kuper, und Vizepräsident Oliver Keymis haben am 1. Dezember 2018 den diesjährigen Heine-Preisträger Prof. Dr. Leoluca Orlando, Bürgermeister von Palermo, empfangen. Begleitet wurde Orlando vom Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Thomas Geisel. Prof. Dr. Orlando wurde u. a. für seinen Einsatz bei der Aufnahme von Flüchtlingen an der Schnittstelle zwischen Afrika und Europa und seinen Kampf gegen die Mafia in seiner Heimatstadt Palermo mit dem Heine-Preis der Stadt Düsseldorf ausgezeichnet. Der Präsident sagte: „Prof. Dr. Leoluca Orlando ist ein Streiter für die Demokratie in seiner Stadt und seinem Land. Sein unerschrockener Einsatz für Menschenrechte und gegen Kriminalität sollte uns Vorbild sein. Ich bin der Jury des Heine-Preises dankbar für diese Wahl.“

### Neue Broschüre

Mit einer neuen Broschüre erinnert der Landtag an den Festakt zum 500. Jubiläum der Reformation im Plenarsaal. Sie enthält die Wortbeiträge der Festredner: Landtagspräsident André Kuper, Ministerpräsident Armin Laschet, Präses Annette Kurschus und Hans Leyendecker. Die Broschüre kann beim Referat Öffentlichkeitsarbeit kostenlos bestellt werden, per Telefon: (0211) 884 2442, oder per E-Mail: publikationen@landtag.nrw.de.

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 29. Januar 2019.

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Sinn von Weihnachten besteht darin, dass wir mit dem Blick der Liebe auf die Welt und unser Leben schauen!

In diesem Sinne grüße ich Sie von Herzen zur Weihnacht 2018.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Die vor uns liegenden Feiertage und der Jahreswechsel sind gute Anlässe, die Hektik des Alltags hinter uns zu lassen, zur Ruhe zu kommen und mehr Zeit mit den Menschen zu verbringen, die uns am Herzen liegen.

Ich wünsche Ihnen und allen, die Ihnen nahestehen, ganz persönlich, aber auch im Namen aller Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen gesegnete Feiertage und ein gesundes und friedvolles Jahr 2019.

Ihr



André Kuper  
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

